



Bundesverband



TeleTrust – Bundesverband IT-Sicherheit e.V.

Allianz für Sicherheit der Wirtschaft e.V. - ASW Bundesverband

**TeleTrust/ASW-Workshop "IT-Sicherheit in der
Wirtschaft"**

Berlin, 23.09.2015

IT-Sicherheitsgesetz

Dr. Markus Dürig, Bundesministerium des Innern



Gliederung

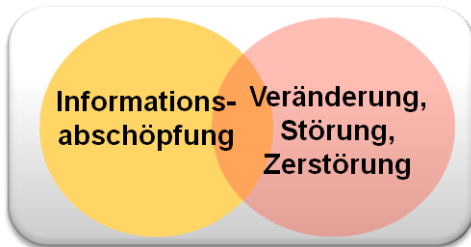
- Internetnutzung
- Cyber-Angriffe
- Cybersicherheitslage
- Vertrauen in die Nutzung des Internets
- Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung
- Digitale Agenda der Bundesregierung
- IT-Sicherheitsgesetz



Internetnutzung

- Mehr als 2,7 Mrd. Menschen nutzen heute das Internet (Steigerung in den letzten 10 Jahren: 400%)
- 80% der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind regelmäßig im Internet unterwegs (EU: 72%)
- 90% der unter 30jährigen sind in sozialen Netzwerken aktiv
- 40% der Wertschöpfung weltweit basiert schon heute auf der Informations- und Kommunikationstechnologie
- 50% der Unternehmen in Deutschland sind vom Internet abhängig
- IT-Steuerung von globaler Produktionsteilung, Steuerung von Geschäftsprozessen
- Sichere und solide Informationsinfrastrukturen sind ein Standortfaktor mit Zukunft

Cyberangriffe



Ungerichtete Angriffe

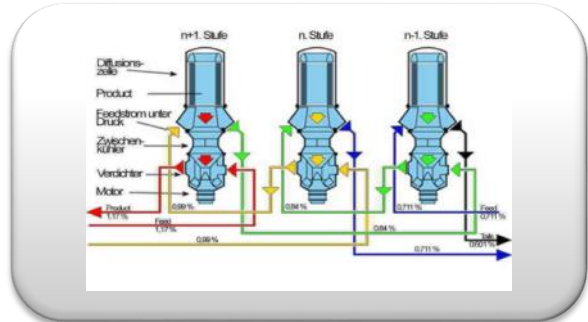
- Sabotage, Betrug, etc.
- Unspezifische Zielgruppen
- **SPAM, Viren, Würmer, Trojaner, Drive-by-Downloads**

Gezielte Angriffe

- Spionage und Sabotage
- Spezielle Zielgruppen
- **Social-Engineering + Trojaner**

Skalpellartige Angriffe

- Sabotage spezieller IT-Systeme (und Infrastrukturen) mit großem Schadensausmaß
- Komplexe, langwierige Vorbereitung
- **Zero-Day-Verwundbarkeiten**
- **Fälschung von Zertifikaten**





Cybersicherheitslage – Überblick I

Schwachstellen

- 2014: rund 700 kritische Schwachstellen in den meistverbreiteten Softwareprodukten, allein im ersten Halbjahr fünf bekannt gewordene Zero-Day-Schwachstellen

Schadprogramme

- Gesamtzahl der PC-basierten Schadprogrammvarianten: mehr als 250 Millionen
- Zahl der Schadprogrammvarianten steigt täglich um rund 300.000
- Jeden Monat allein in Deutschland mindestens 1 Million Infektionen durch Schadprogramme

Botnetze

- In Deutschland sind mehr als 1 Million Internetrechner Teil eines Botnetzes



Cybersicherheitslage – Überblick II

Identitätsdiebstahl

- Täglich werden mehrere Tausend digitale Identitäten gestohlen
- BSI analysiert monatlich 11.000 neue Schadprogramme mit Bezug zu Identitätsdiebstahl in Deutschland

DDoS

- 2014: allein in Deutschland über 32.000 DDoS-Angriffe
- Mehr als ein Drittel der Unternehmen war in den letzten drei Jahren Ziel eines DDoS-Angriffs auf ihre Webseiten
- Ein Viertel der Unternehmen war von DDoS-Angriffen auf die Netzinfrastruktur betroffen.



Cybersicherheitslage – Überblick III

Regierungsnetze/Bundesverwaltung/Parlament

- Täglich tausende ungezielter Angriffe auf das Regierungsnetz
- Durch spezielle Sicherheitsmaßnahmen werden monatlich zusätzlich bis zu 60.000 verseuchte E-Mails in den Netzen der Bundesverwaltung abgefangen
- 2014: täglich 15 bis 20 hochwertige Angriffe auf das Regierungsnetz
- durchschnittlich ein gezielter Angriff pro Tag mit nachrichtendienstlichem Hintergrund
- 2015: Angriff auf IT-Netz des Deutschen Bundestages



Bekannte Fälle der letzten Jahre

- Juni 2010: IRN, **Stuxnet**– 5 unbekannte Lücken in MS, 2 gestohlene Sicherheitszertifikate, umfangreiche Programmierung
- August 2012: KAT, **Shamoon**– Festplatten von 30.000 Rechnern von Saudi Aramco gelöscht
- Oktober 2012, März 2013: USA, Mehrfach **DDoS-Attacken** auf Banken
- März 2013: USA, Starke **DNS-DDoS-Attacke** auf Anti-Spam-Organisation Spamhaus
- März 2013: KOR, Ausfall der IT-Netzwerke von Banken, Fernsehsendern, Nachrichtenkanälen, wahrscheinlich Cyber-Angriff
- Juni 2013: KOR, Ausfall von Internetpräsenzen zahlreicher staatlicher Stellen und Medien, Vermutlich Cyber-Angriff
- Sep. 2013: DEU, Abfluss von Stammdaten von 2 Mio. Kunden nach Cyber-Angriff
- Dezember 2013: GB, Software-Fehlfunktion in Flugsicherheitszentrale, Ausfall von rund 200 Flügen in London
- Anfang 2014: DEU, **34 Mio. digitale Identitäten gestohlen**
- Mai 2015: Cyber-Angriff auf den Deutschen Bundestag
- Juni 2015: Autozulassungsstellen in 2 Bundesländer (Hessen/Rheinlandpfalz) angegriffen, sicherheitshalber die Server vom Netz genommen
- Juni 2015 : Cybervorfall bei der polnischen Fluggesellschaft LOT, Flughafen Warschau keine Starts



Das Vertrauen in die Nutzung des Internets sinkt

DIVSI-Umfrage:

39%

fühlen sich im Internet
unsicherer als vorher

BITKOM-Umfrage:

66%

der Befragten fühlen
sich im Netz „eher“ oder
„völlig“ **unsicher**



„Digitale Sorglosigkeit“

- Konkrete Schutzmaßnahmen werden nur geringfügig häufiger umgesetzt
- z.B. E-Mail-Verschlüsselung oder Basis-Sicherheitsmaßnahmen wie Patch-Management bei Smartphones werden kaum genutzt
- Grund: Verlust an Komfort und Bedienbarkeit
- Insbesondere KMU häufig auch gegen einfache Angriffe nur unzulänglich geschützt
- Unternehmen investieren weniger als 5% des IT-Budgets in IT-Sicherheit
- „Social Engineering“ auf dem Vormarsch – Bedeutung des Anwenderverhaltens



Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung 2011

Feb. 2011





Kritische IT-Infrastrukturen

- Stärkung UP K ab 2011
 - Vertiefung der kooperativen Zusammenarbeit mit kritis-Wirtschaft im UP K
aber: kaum Meldung von IT-Sicherheitsvorfällen
manche Sektoren nur partiell abgedeckt
kein Lagebild DEU möglich
- Kritis-Gespräche 2012
 - Gesprächsreihe des Bundesinnenministers Dr. Friedrich mit Vertretern aller Sektoren der kritischen Infrastrukturen 2012



Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2013

- „Wir schaffen ein IT-Sicherheitsgesetz mit verbindlichen Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit für die kritischen Infrastrukturen und der Verpflichtung zur Meldung erheblicher IT-Sicherheitsvorfälle.“
- „Wir bauen die Kapazitäten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und auch des Cyber-Abwehrzentrums aus.“
- „Die Bundesbehörden werden verpflichtet, zehn Prozent ihrer IT-Budgets für die Sicherheit ihrer Systeme zu verwenden.“
- „Um zu gewährleisten, dass die Nutzerinnen und Nutzer über die Sicherheitsrisiken ausreichend informiert sind, sollen Internetprovider ihren Kunden melden, wenn sie Hinweise auf Schadprogramme oder ähnliches haben.“



Digitale Agenda der Bundesregierung 2014

Handlungsfelder

- Digitale Infrastruktur und Breitbandausbau,
- Digitale Wirtschaft,
- Innovativer Staat,
- Digitale Gesellschaft, Forschung, Bildung und Kultur,
- **Sicherheit**,
- Schutz und Vertrauen für Gesellschaft und Wirtschaft sowie
- Europäische und Internationale Dimension der Digitalen Agenda.

=> IT-Sicherheit als zentrales Querschnittsthema



IT-Sicherheitsgesetz – vier Ziele

- **Schutz der IT kritischer Infrastrukturen**
IT-Mindeststandards und Meldepflichten für Kritische Infrastrukturen
- §§ 8a bis 8d BSIG sowie Spezialgesetze AtomG, EnWG und TKG
- **Steigerung der Sicherheit im Internet**
Anhebung des allgemeinen IT-Sicherheitsniveaus für
Telekommunikationsnetze und Telemediendienste
- **Stärkung von BSI, BKA und BNetzA**
- **Verbesserung des Schutzes der Bundesbehörden**



IT-Sicherheitsgesetz

- Definition kritische Infrastrukturen

„Einrichtungen, Anlagen oder Teile davon , die den Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung sowie Finanz- und Versicherungswesen angehören und von hoher Bedeutung für das Funktionieren des Gemeinwesens sind, weil durch ihren Ausfall oder ihre Beeinträchtigung erhebliche Versorgungsengpässe oder Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eintreten würden.“

- Energie
- Informationstechnik und Telekommunikation
- Transport und Verkehr
- Gesundheit
- Wasser
- Ernährung
- Finanz- und Versicherungswesen

- Medien und Kultur
- Staat und Verwaltung



IT-Sicherheitsgesetz – KRITIS-Schutz I

- **Pflicht zur Einhaltung von IT-Mindestsicherheitsstandards und Audits**
 - angemessene organisatorische und technische Vorkehrungen
 - zur Vermeidung von Störungen der informationstechnischen Systeme, Komponenten und Prozesse
 - die für die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastrukturen maßgeblich sind;
 - Stand der Technik soll eingehalten werden;
 - Erarbeitung durch die Branchen (kooperativer Ansatz);
 - Anerkennung durch BSI, wenn geeignet zur Gewährleistung der Anforderungen;
 - Regelmäßige Audits mindestens alle zwei Jahre gegenüber BSI nachzuweisen; BSI kann Beseitigung von Sicherheitsmängeln verlangen;
 - BSI kann Anforderungen an die Durchführung der Audits und Meldungen festlegen.



IT-Sicherheitsgesetz – KRITIS-Schutz II

- **Pflicht zur Meldung von erheblichen Störungen** der informationstechnischen Systeme, Komponenten und Prozesse, die zu einem Ausfall/Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur führen können/geführt haben
 - Pseudonymisierte Meldung möglich, wenn noch keine Beeinträchtigung von kritisch
 - Nennung des Unternehmens nur bei Schadenseintritt in kritisch
 - Einbindung der sonst zuständigen Aufsichtsbehörden
 - Auswertung und Warnung/Information der zuständigen Stellen und der KRITIS-Betreiber bei möglich Betroffenheit



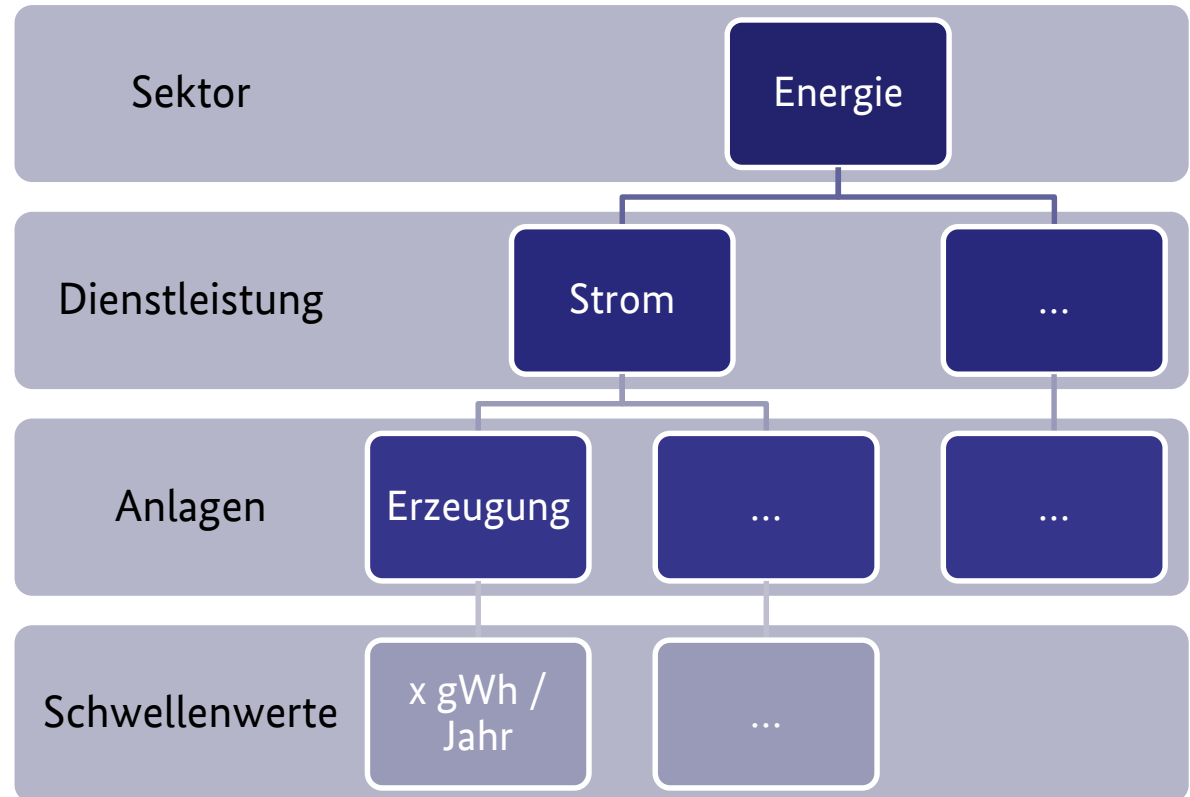
IT-Sicherheitsgesetz – KRITIS-Schutz III

- **Bereichsausnahmen**
 - Vorrang von Spezialgesetzen mit analogem Schutzniveau
 - daher Regelungen im EnWG, TKG, AtomG
 - Weitere Ausnahmen möglich
- **Absicherung der Informationen beim BSI**
 - Auskunft an Dritte nur, wenn schutzwürdige Interessen des Betreibers und Sicherheitsinteressen nicht entgegen stehen
 - Keine Akteneinsicht
 - Kein Auskunftsrecht nach dem Informationsfreiheitsgesetz
- **Sanktionsbefugnisse des BSI gegen kritis-Betreiber**

BSI-KritisV - Vorgehensweise

Versorgung der
Gesellschaft mit wichtigen
Dienstleistungen

- 1. Qualität:**
Dienstleistungen in
den KRITIS-Sektoren,
die für die
Versorgungskette
relevant sind und
abstrakte Anlagen
- 2. Quantität:**
Schwellenwerte
innerhalb dieser
Dienstleistungen





Zeitplanung

Ende 2015 – Korb 1 (Q1 2016 in Kraft)

Energie

IKT

Ernährung

Wasser

Ende 2016 – Korb 2

Finanzen

Gesundheit

Transport /
Verkehr

Umsetzung

je Korb:

- 6 Monate für Meldestruktur
- 2 Jahre für Stand der Technik



IT-Sicherheitsgesetz – Sicherheit im Internet

- TK-Diensteanbieter: „Stand der Technik“ zum Schutz gegen unerlaubte Zugriffe auf die TK- und Datenverarbeitungssysteme
- Pflicht zu Information der Kunden bei Angriffen auf Kundensysteme plus Hinweise auf mögliche Wege zur Beseitigung
- Höheres Schutzniveau bei Telemedienanbietern („Stand der Technik berücksichtigen“) gg. unerlaubte Zugriffe und zum Schutz personenbezogener Daten und zur Sicherung gg. Störungen durch äußere Angriffe.



IT-Sicherheitsgesetz – Stärkung der BNetzA

- Stärkere Überprüfung des Sicherheitskonzepts der TK-Anbieter durch BNetzA alle zwei Jahre



IT-Sicherheitsgesetz – Stärkung des BSI

- BSI-als internationale Zentralstelle
- Ausbau der Warnbefugnisse (auch bei Datenverlust und unerlaubtem Zugriff auf Daten)
- Befugnisse zur Untersuchung von IT-Produkten die auf dem Markt bereitgestellt werden im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben des BSI (Schutz der BdVw, der IT der kritischen Betreiber und der Beratung und Warnung vor Sicherheitsmängeln)
- Stärkere Rolle bei Erstellung des TK-Sicherheitskataloges
- jährlicher Bericht zur Lage der IT- und Cyber-Sicherheit in DEU



IT-Sicherheitsgesetz – Stärkung des BKA

Erweiterung der Ermittlungszuständigkeiten des BKA

bisher Computersabotage u.a. bei lebenswichtigen
Einrichtungen

künftig Sämtliche Computerdelikte
Angriffe auf alle Einrichtungen des Bundes



IT-Sicherheitsgesetz - Verbesserung des Schutzes der IT der Bundesbehörden

- Pflicht der Bundesbehörden, dem BSI Zugang zu ihren behördeninternen Portokoll- und Schnittstellendaten zu gewähren
- Befugnis für das BMI, vom BSI erarbeitete Mindeststandards für die IT-Sicherheit des Bundes als Verwaltungsvorschrift zu erlassen im Benehmen (vorher: Einvernehmen) mit dem Rat der IT-Beauftragten der Ressorts



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Markus Dürig
Bundesministerium des Innern
Leiter Referat IT II 1 –
Grundsatzangelegenheiten IT- und
Cybersicherheit; Schutz im Cyberraum;
Cyberabwehrzentrum

Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Tel.: 030 18 681 11374
E-Mail: ITII1@bmi.bund.de

